

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Cem Özdemir, Kerstin Müller (Köln), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/3892 –

Keine Stimmungsmache gegen Aussiedler zulassen

A. Problem

Mit dem Antrag auf Drucksache 13/3892 soll der Deutsche Bundestag Bestrebungen zurückweisen, die darauf abzielen, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme mit einer Zuzugssperre für Spätaussiedler zu lösen.

B. Lösung

Der Antrag, der auf Äußerungen im Wahlkampf Anfang 1996 beruhte, ist auch nach Auffassung der antragstellenden Fraktion als obsolet zu betrachten und für erledigt zu erklären.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/3892 für erledigt zu erklären.

Bonn, den 27. Februar 1997

Der Innenausschuß**Dr. Willfried Penner**

Vorsitzender

Hartmut Koschyk

Berichterstatter

Jochen Welt

Berichterstatter

Cem Özdemir

Berichterstatter

Dr. Max Stadler

Berichterstatter

Ulla Jelpke

Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Jochen Welt, Cem Özdemir, Dr. Max Stadler und Ulla Jelpke**I.**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Keine Stimmungsmache gegen Aussiedler zulassen“ auf Drucksache 13/3892 wurde in der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Mai 1996 dem Innenausschuß federführend sowie dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

1. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 91. Sitzung am 26. Februar 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, bei einer Stimmenthaltung eines Mitgliedes der Fraktion der CDU/CSU, empfohlen, den Antrag abzulehnen.
2. Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 26. Februar 1997

auf die Abgabe einer mitberatenden Stellungnahme verzichtet.

3. Der Innenausschuß hat den Antrag auf Drucksache 13/3892 in seiner 54. Sitzung am 26. Februar 1997 abschließend beraten und mit der Mehrheit der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimme der Vertreterin der Gruppe der PDS für erledigt erklärt.

II.

Der Antrag auf Drucksache 13/3892 war auf Äußerungen der SPD-Politiker R. Dieter Spöri und Oskar Lafontaine im Wahlkampf Anfang 1996 zurückzuführen. Die Aufforderung an den Deutschen Bundestag, Bestrebungen zurückzuweisen, die darauf abzielten, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme mit einer Zuzugssperre für Spätaussiedler zu lösen, wurden durch alle im Innenausschuß vertretenen Fraktionen als obsolet betrachtet.

Bonn, den 27. Februar 1997

Hartmut Koschyk

Berichterstatter

Jochen Welt

Berichterstatter

Cem Özdemir

Berichterstatter

Dr. Max Stadler

Berichterstatter

Ulla Jelpke

Berichterstatterin